



Entwurf für das neue **BBS/Gymnasium-Gebäude** in Bremervörde: Es soll auf Beschluss des Kreistages mit Solarenergie gespeist werden. Grafik: Archiv

Neubau mit „Sonnenstrom“

Neues Gebäude für BBS und Gymnasium Bremervörde soll 99,9-Kilowatt-Photovoltaik-Anlage erhalten

Von **Stefan Algermissen**

ROTENBURG. Sonnenstrom für das neue Schulgebäude von BBS und Gymnasium in Bremervörde: Der Rotenburger Kreistag hat gestern einstimmig beschlossen, dass der rund 75 Millionen Euro teure Neubau mit einer 99,9-kWp-Photovoltaikanlage ausgestattet werden soll. Ehe der einstimmige Beschluss, der auf einen Antrag der Grünen-Fraktion zurückgeht, in trockenen Tüchern war, gab es aber Diskussionen. Grund: Die Grünen plädierten kurzfristig für eine 600-kWp-Anlage. Doch das lehnten die anderen Parteien bis auf eine SPD-Stimme ab.

Während der Sitzung in der Aula des Rotenburger Ratsgymnasiums ergriff zunächst Grünen-Fraktionsvorsitzender Reinhard Bussenius das Wort, als es um das Thema regenerative Energie für den BBS/Gymnasium-Neubau ging. Der Hessedorfer begründete einen Ergänzungsantrag der Grünen, das Dach des Neubaus von Beginn an mit einer Solaranlage auszustatten, die in der Spitze eine Leistung von 600 Kilowatt (kWp) leistet.

„Deutschland ist eines der ersten Länder, das die im Pariser Abkommen geforderte langfristige Klimaschutzstrategie erstellt und bei der UN vorgelegt hat“, sagte Bussenius. Mit Blick auf das Ziel, bis 2050 klimaneutral zu werden habe Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies (SPD) eine Nettoversorgung mit Elektrizität bis 2040 ins Spiel gebracht. „Es gibt aber eher Worte statt Taten“, kritisierte Bussenius. Während Hamburg und Schleswig-Holstein ab 2023 beziehungsweise 2022 Photovoltaik auf Neubauten verpflichtend gemacht hätten, werde das in Niedersachsen „auf die lange Bank geschoben“. Und das 2019 von der Bundesregierung überarbeitete Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) stelle Solar-

» Selbst ein Minus von 50 000 Euro wäre meines Erachtens tragbar für eine Vorbild- und Werbefunktion bei einem 75-Millionen-Euro-Projekt. «

Reinhard Bussenius (Grüne)

energie eher schlechter als zuvor.

„Heute haben wir die gute Gelegenheit, wirklich vorbildlich zu sein, und das ohne wirkliche Kosten“, meinte Bussenius. Nur unter Druck habe die Mehrheitsgruppe im Kreistag zugestimmt, wenigstens eine 99,9-kWp-Anlage zu installieren. „Für mich eher ein Alibi.“ Zudem, so der Grünen-Fraktionsvorsitzende, seien die von der Kreisverwaltung errechneten „enormen Kosten“ für eine 600-kWp-Anlage für ihn nicht nachvollziehbar. Er gehe von einem Plus von 10 000 und nicht auf von einem Minus von 50 000 Euro aus. Im Übrigen bedeute selbst ein Minus von 50 000 Euro gerade mal 2 500 Euro pro Jahr. „Selbst das wäre meines Erachtens tragbar für eine Vorbild- und Werbefunktion bei diesem 75-Millionen-Euro-Projekt.“

Den ebenfalls gestern von den Grünen gestellten Ergänzungsan-

trag, auch die Fahrradständer mit Solarkollektoren zu versehen, zog Bussenius mit Blick auf das dort vorgesehene „Grasdach“ wieder zurück. Er plädierte jedoch weiter dafür, auch die zum Teil aus Kreismitteln gebaute Mensa mit Photovoltaik zu versehen. Der Landkreis biete Solarberatungen für private Hauseigentümer an, „aber hier wird eine Signalwirkung für die Bürger, als Beitrag zum Umweltschutz, verpasst“.

Dr. Marco Mohrmann (CDU) lobte den ursprünglichen Antrag der Grünen, dem der Kreisausschuss für Hoch- und Tiefbau in einer Sitzung am 5. März zugestimmt hatte. Dieser Antrag sah die Installation einer 99-kWp-Anlage und die planerische Vorbereitung (Statik und Rohrrohre) für einen späteren „maximalen Ausbau“ vor. Das sei „gut und unterstützenswert, ein Beitrag zur Dezentralisierung der Energiegewinnung und schlicht kaufmännisch gut“. Eine 99kWp-Anlage sei der beste Kompromiss.

Ulrich Thiart (Grüne) verwies unter anderem auf die steigende Anzahl von E-Autos und die Landwirtschaft, die beim Thema Solarenergie weiter sei. Thiart warb dafür, dem Credo „global denken, lokal handeln“ in diesem Fall zu entsprechen.

„Wir müssen das Geld der Bürger mit Augenmaß verwalten“, meinte Angelika Dorsch (SPD) in ihrem Plädoyer für die kleine Lösung. „Die Schule braucht nicht den Strom, die eine 600-kWp-Anlage produziert. Jeder Experte würde uns davon abraten.“ Man müsse beides unter einen Hut bringen: die Ausgaben im Blick behalten und gleichzeitig regenerative Energien fördern.

Die von Bussenius an den übrigen Fraktionen geübte Kritik wollte die SPD-Abgeordnete nicht ganz gelten lassen: „Die Grünen hätten ja auch früher mit dem Vorschlag kommen können. Dann hätte die ganze Planung anders laufen können. So ehrlich muss man sein!“ Die im gestrigen Ergänzungsantrag der Grünen erwähnte planerische Vorbereitung für eine spätere Erweiterung der Solaranlage brachte Angelika Dorsch etwas auf die sprichwörtliche Palme: „Das haben wir doch längst so im Ausschuss befürwortet.“

» Man muss beides unter einen Hut bringen: Ausgaben im Blick behalten und gleichzeitig regenerative Energie fördern. «

Angelika Dorsch (SPD)

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Marco Prietz (CDU) sah sich mit Blick auf die kurzfristig hitzige Diskussion an „Verhaltensweisen aus dem Bremervörder Stadtrat“ erinnert. In Richtung Bussenius bat der Landratskandidat die Grünen darum, „im Vorfeld von Kreistagssitzungen doch bitte besser zu kommunizieren“. Ulrich Thiart (Grüne) räumte den „Fehler“ ein, bat zugleich aber auch darum, „doch bitte nicht so ein Theater zu machen“.

Am Ende stimmten neben den vier Grünen-Abgeordneten nur SPD-Ratsherr Bernd Sievert für die 600-kWp-Anlage. Mit Blick auf den Kompromiss aus „kleiner“ Solaranlage und Vorbereitung für eine Erweiterung gab es ein einstimmiges Votum.